

# Der Steinmetz

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in  
**Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.**  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgestaltete Kleinzeile 1. — Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 6

Sonnabend, den 5. Februar 1927

31. Jahrgang

### Die Gewerkschaften und der Bürgerblock.

Die Scheidung der Geister. — Marx ehemals und jetzt. — Die mächtigen Kräfte hinter den Kulissen. — Die Rolle Dr. Brauns. — Die neuen Männer in der Wilhelmstraße. — Die brennenden Wirtschaftsprobleme. — Die Aufgaben der Gewerkschaftsmitglieder.

Eine Regierung ward nach langen Schmerzen geboren. Im republikanischen Deutschland ist wieder einmal eine Regierung des Bürgerblocks ans Ruder gekommen. Hatten wir derartige Erscheinungen auch schon früher, so ist doch niemals das offene, brutale und reaktionäre Antlitz von vornherein so gezeigt worden, als bei der gegenwärtigen Regierung. Mit voller Absicht, mit ruhiger Ueberlegung wurde diesmal nach einem Mittel gesucht, um die freidenkende Arbeiterschaft von jeder Einflussnahme auf die Regierung und die politischen Geschäfte auszuschließen. Es soll an dieser Stelle nicht davon die Rede sein, ob die sozialdemokratische Fraktion taktisch klug handelte, ein Mißtrauensvotum gegen die letzte Regierung einzubringen, und ob sie überhaupt bei dieser Regierungskrise die nun einmal nötige politische Einsicht und Beweglichkeit aufbrachte. Wir glauben sagen zu dürfen, daß viele Befürworter des damaligen Mißtrauensantrages vielleicht heute dagegen sein würden.

Die reinliche Scheidung der Geister ist gekommen. Es ist so, wie Freiligrath in seinem herrlichen Gedicht „Am Birkenbaum“ dem alten Hirten sagen läßt:

„Doch der Birkenbaum steht umgefällt,  
Und zwei Lager heute zerklüftet die Welt,  
Und ein Hüben, ein Trüben nur gilt.“

Leider muß festgestellt werden, daß das Bürgertum in Deutschland die politische Macht der Arbeiterklasse immer mehr zurückdrängen vermochte. Es ist natürlich sehr wesentlich, wer von den beiden großen Klassen, die die Entwicklung des Kapitalismus gebildet hat, Besitzende und Besessene, das Fest der politischen Macht in der Hand hat. Denn so sehr auch im modernen Gesellschaftsleben wirtschaftliche Kräfte des Volkes wirksam sind, so können sie doch durch politische Einflüsse gehemmt oder künstlich vorwärtsgetrieben werden. Vielleicht gelingt es durch den jetzigen Bürgerblock, den breiten Volksmassen in Deutschland die Augen zu öffnen, damit sie bei den nächsten Wahlen endgültig entscheiden, ob sie durch einen Bürgerblock oder mit Hilfe der Arbeiterschaft regiert werden wollen.

Die letzte Regierungskrise war von allerhand Ueberzählungen begleitet. Herr Dr. Marx, der Zentrumsführer, war einmal der Mann des Bürgerblocks. Er hat mehrere Male vor den Kameraden des Reichstages und anderswo über Demokratie und Republik geredet. Er galt als ein freisinniger Politiker. Das Schicksal will es, daß gerade er es ist, der dem ersten bewußt aufgezogenen Bürgerblock vorstehen soll. Marx war nie der Mann einer starken Eigenart. Befehlslos hat er das in die Tat umgesetzt, was durch politische Entwicklung als gegeben vor Augen stand. Man ist also um eine Enttäufung reicher, wenn man in dem Zentrumsführer Marx eine freisinnige Natur vermutete. Danach ist es besser, auch hier hinfort klar zu sehen.

Es dürfte allgemein feststehen, daß andere mächtigere Kräfte hinter der Bühne die Drähte gezogen haben. Auf der einen Seite Hindenburg, der, des Schwankens müde, sich bewußt auf die Seite derjenigen stellte, zu denen er gemäß seiner Abstammung und Entwicklung gehört. Und auf der anderen Seite war es die Kurie, die seit langem beharrlich und konsequent das Zentrum herüberziehen versuchte. Den hohen Würdenträgern im schwarzen Rod war der Einfluß der Arbeitermassen im Zentrum längst zuwider. Obwohl sich die katholische Kirche im neuen Deutschland sicher nicht beschweren konnte, war sie mit dem Resultat der Entwicklung nicht ganz zufrieden. Noch fehlte die Regelung über das endgültige Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Deshalb strebte man nach einem Konkordat, einer Vereinbarung zwischen der politischen und der kirchlichen Macht. Und dieses Konkordat glaubt man gerade mit Hilfe der jetzigen Regierung herbeizuführen. Das Reichsgesetz und anderes kommt hinzu. Alles Dinge, die die Kirche in ihrem Sinne zu erledigen gedenkt. Von Grund auf sind die kirchlichen Mächte reaktionär. Der katholische Klerus hat sich den Strömungen der Zeit besser anpassen gewußt, als die evangelischen Pfaffen. Aber doch nur immer gezwungenermaßen. Heinrich Heine hatte schon recht, wenn er sagte: Es will mich schier bedünken, daß sie alle beide stinken. Die Ursache der plötzlichen Wendung des Zentrums, das große Saupspiel hinter den Kulissen, war also die bewußte Einleitung einer geistigen Reaktion.

Der Vermittler in dieser Angelegenheit und zu gleicher Zeit der Treiber zum Bürgerblock war selbstverständlich der Reichsarbeitsminister, Dr. Braun gehört bereits 11 Reichskabinetten an, er, der alte Mann im Priesterkleid, war der geschulte Jesuit. Er galt als fortgeschritten, in Wirklichkeit war er einer der rechtsstehenden Zentrumsleute. Und dies trotz seiner Eigenschaft als Arbeitsminister. Wir werden diese Tatsache im Auge halten müssen. Denn die Gewerkschaften sind es ja in erster Linie, die mit diesem Reichsarbeitsminister zu arbeiten haben. Er hat uns schon manche Enttäufung gebracht, groß war er allein im Versprechen. Die Arbeitszeit sollte nach seinen Worten längst eine gesetzliche Regelung erfahren. Bei Worten ist es bisher geblieben. Nun müssen wir unsere Hoffnungen vollständig begraben. Herr Braun's Drang nach rechts konnte gegügelt werden, wenn starke Gegenkräfte in der Regierung vorhanden waren. Er erscheint hemmungslos in einem Kreise wie der jetzigen Regierung. Die Gewerkschaften müssen Herrn Braun im Auge behalten. Nötigenfalls ist gerade ihm der schärfste Kampf der Arbeiterschaft in Aussicht zu stellen.

Es dürfte an dieser Stelle unnötig sein, über die neuen Regierungsglieder insgesamt lange Ausführungen zu machen. Eine kurze Uebersicht möge genügen. Das neue Reichskabinett setzt sich zusammen aus vier Deutschnationalen, drei Zentrumsleuten, zwei Volksparteilern und einem Parteilofer, Herrn Gehler. Bei den Deutschnationalen hat man sehr rechtsgerichtete Leute ausgelacht. Allerdings findet man keine Junter vom alten Schrot und Korn unter den Ministern, sondern die sogenannte bürgerliche Richtung ist allein vertreten. Da ist zunächst Herr Dr. Hergt. Im alten Königsreiche der letzte preussische Finanzminister, soll er jetzt Justizminister werden, auch als Innenminister wird er genannt; beim Schreiben dieser Abhandlung ist die Verteilung der Ministerstellen noch nicht ganz klar. Dr. Hergt hat bei der Abstimmung über den Dawesplan die eigentümliche Rolle eines Schaukelmanns gespielt.

Sein zum Teil von Martin Luther entlehnter Ausspruch: Ich möchte beinahe sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, ist zum geflügeltesten Wort geworden. Denn hinterher zeigte die Hergt und Genossen, daß sie auch anders konnten. Zum Justizminister war auch Herr Graef, seines Zeichens Amtsrichter in Thüringen, vorgezogen. Dieser ausgesprochene Vertreter der Reaktion wird schon dafür sorgen, daß das Wort Klassenjustiz kein leerer Wahn bleibt. Doch wenn die Zeitungsnotizen richtig sind, die am Blattschluß vorlagen, dann hat Herr Graef schon wieder Feierabend bekommen, weil, nun weil die in Frage kommenden Parteien sich doch genieren, einen solchen ausgesprochenen Reaktionär zum Justizminister zu haben. Und dann der unvermeidliche Schiele, ehemals Innenminister der Lutherregierung und späterer Pensionär der Republik. Die Landwirtschaft wird sich über ihn nicht zu beklagen haben. Das arbeitende Volk wird dazu reichlich Gelegenheit haben. Als Vierter im Bunde haben die Deutschnationalen einen schlichten Mann aus dem Volke zum Reichsverkehrsminister gemacht. Ein Gewerkschaftssekretär, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, mit Namen Koch, soll als Konzeptionschef der Arbeiterschaft gelten. Daß wir auf solche Arbeitskollegen mit Ruhm und Verdienst, verheißt sich am Rande. Die Volkspartei ist durch Stresemann und Curtius in der neuen Regierung vertreten, die bereits früheren Regierungen angehört. Die bayerische Volkspartei hat einen Herrn Schaezel als Reichspostminister vorgeschickt. Der unvermeidliche Gehler ist auch dem fünfzehnten Reichskabinett als Reichswehrminister erhalten geblieben. Er hat bereits 11 dieser Art und in dieser Stellung überlebt. Aus der demokratischen Partei, der er bisher angehört, ist er ausgetreten. Zum Schluß kann noch eines Mannes gedacht werden, der vielleicht der einzige Vertrauensmann der Linken im neuen Reichskabinett sein wird: Herr Dr. Köhler, vormals Staatspräsident in Baden. Er ist mit der Führung des Reichsfinanzministeriums betraut worden. So sieht die Liste der neuen Reichsregierung aus.

Die von der Zentrumspartei unter Mitwirkung von Leuten wie Birch und Joos entworfenen Richtlinien haben lediglich als Wandschirm gedient, hinter dem sich die Regierungsbildung vollziehen konnte. Die Deutschnationalen leuchten längst nach Ministerstellen. Dieser Drang nach der Herrschaft konnte durch Zwangsmaßnahmen, wie solche Richtlinien, nicht gehemmt werden.

Die Arbeiterschaft hat natürlich von dieser Rechtschwankung der politischen Reichsgewalt nichts zu erwarten. Und doch hat eine zukünftige Regierung wirtschaftlich wichtige Aufgaben zu erfüllen. Denken wir nur an das Arbeitslosenproblem, wie haben sich hier die Zustände in der letzten Zeit entwickelt. Im Deutschen Reich waren Vollerwerbslose vorhanden:

	männliche	weibliche	Unterstützungs-empf. überhaupt
1. November 1926	1 068 000	240 000	1 308 000
1. Dezember 1926	1 125 000	245 000	1 370 000
1. Januar 1927	1 472 000	275 000	1 747 000
15. Januar 1927	1 551 000	283 000	1 834 000

Diese Tabelle zeigt, daß vom 1. November 1926 bis zum 15. Januar 1927 die Vollerwerbslosen eine Zunahme von 525 000 oder um rund 40 Prozent erfahren haben. Und dieses gewaltige Problem soll von einer rechtsgerichteten Regierung gelöst werden? Was dabei herauskommt, kann man sich ungefähr vorstellen. Die Gewerkschaften haben also hinfort mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn sie die Interessen der arbeitenden Massen wahrnehmen wollen. Man wird zwar keine Scharfmacherpolitik treiben, aber desto rühriger im Geheimen tätig sein. Sei es drum! Das Los ist entschieden. Der diesmalige Bürgerblock scheint fest zu stehen als Irgebeiner seiner Vorgänger. Auf politische Hilfe ist hinfort weniger zu rechnen. Eins bleibt aber immer: die gewerkschaftliche Selbsthilfe. Diese gilt es zu benutzen.

### Die Gewerkschaften im Arbeitsgerichtsgesetz.

Bei Schaffung der heute noch bestehenden Gesetze über Gewerbe- und über Kaufmannsgerichte konnten die Gewerkschaften ebensowenig ausschlaggebend mitwirken, wie sie nach Inkrafttreten dieser Gesetze in der Lage waren, einen unmittelbaren Einfluß auszuüben. Nur mittelbar durch die Durchführung der Beisitzerwahlen und durch die Stellung von Gewerkschaftssekretären und Gewerkschaftsfunktionären als Prozeßbevollmächtigte war es den Gewerkschaften möglich, sich auch vor diesen Gerichten durchzusetzen. Aber noch heute besteht darüber Streit, ob Gewerkschaftssekretäre Beisitzer vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sein können. Erst durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923, bei der Schaffung der vorläufigen Arbeitsgerichte, ist dieser Zustand gewissermaßen auf einem Umwege geändert worden. Ebenso bestand bis in die Nachkriegszeit hinein darüber Streit, ob Gewerkschaftssekretäre als Prozeßbevollmächtigte auftreten können. Hier bedurfte es erst des Gesetzes vom 14. Januar 1922, um den § 31 des Gewerbegerichts-gesetzes entsprechend auszugestalten. Aber auch damit war noch keine volle Klarheit gewonnen, denn noch heute gibt es eine Anzahl Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die den Beisitzersekretären das Recht bestreiten, als Prozeßbevollmächtigte für die Mitglieder aller Gewerkschaften aufzutreten.

Mit der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926 ist eine neue Grundlage geschaffen worden. Bei der Schaffung dieses Gesetzes haben die Gewerkschaften ausschlaggebend mitwirken können. Streit über das Recht der Gewerkschaften, bei der Durchführung dieses Gesetzes mitzuwirken, kann nun nicht mehr entstehen. Jetzt sind an allen Gesetzesstellen, wo eine Mitwirkung der Gewerkschaften irgendwie in Frage kommen kann, die Gewerkschaften ausdrücklich genannt. Das ist eben der Unterschied in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung der Vorkriegszeit und der Nachkriegszeit. Die erstere war individualistisch und auf Einzel-Personen abgestellt, die letztere ist kollektivistisch und auf wirtschaftliche Vereinigungen abgestellt.

Diese neue Sachlage ergibt sich bereits aus § 2 Ziffer 1, wonach sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien der Arbeitsgerichtsbarkeit unterstellt werden. In § 10 wird den Gewerkschaften die Parteifähigkeit verliehen.

Nach § 11 können vor den Arbeitsgerichten und vor den Landesarbeitsgerichten nicht nur die kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugten Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschafts-

angestellten auftreten, sondern auch die Angestellten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes usw., also die Arbeitersekretäre, die Bezirkssekretäre, die Ortsauschuss-Sekretäre usw. haben dasselbe Recht. Vor der Errichtung der Arbeitsgerichte sind gemäß § 14 die Gewerkschaften ebenfalls zu hören. Das gleiche gilt vor Erlass allgemeiner Anordnungen, die die Verwaltung und Dienstaufsicht betreffen nach § 15 sowie auch nach § 17 vor der Festlegung der Zahl der Kammern der Arbeitsgerichte, der Bildung gemeinsamer Kammern für Arbeiter und für Angestellte sowie der Bildung von Fachkammern und der Ausdehnung derselben auf mehrere Arbeitsgerichtsbezirke.

Nach § 20 werden die Arbeitnehmerbeisitzer auf Grund von Vorschlagslisten der Gewerkschaften berufen und nach § 23 können die Angestellten, sowohl der einzelnen Gewerkschaften, als auch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes usw., mithin die Angestellten oder die kraft Satzung zur Vertretung befugten Funktionäre der Spitzenverbände ebenfalls als Beisitzer berufen werden.

Auch bei Aufstellung der Richtlinien über die Entschädigung der Beisitzer für Verdienstausschlag und Aufwand sind nach § 26 vorher die Gewerkschaften zu hören. Ebenso wie die Beisitzer der beiden ersten Instanzen werden nach § 43 auch die Arbeitnehmerbeisitzer für das Reichsarbeitsgericht auf Grund von Vorschlagslisten berufen, die in diesem Falle allein von den Spitzenverbänden einzureichen sind.

Die § 91 fgl. bestimmen, daß die Arbeitsgerichtsbarkeit durch Bildung von Schiedsgerichten vollständig oder durch Vereinbarung von Gütestellen bzw. Schiedsrichterstellen teilweise ausgeschaltet werden kann. Einzelne Arbeiter können derartige Vereinbarungen mit einzelnen Arbeitgebern regelmäßig nicht treffen. Eine Ausnahme davon bilden nur diejenigen Arbeitnehmer, die Angestellte sind und ein Jahresarbeitsentgelt von mehr als 6000 M. haben. Im übrigen können nur die Tarifvertragsparteien, also auf Arbeitnehmerseite die Gewerkschaften, die Arbeitsgerichtsbarkeit gänzlich oder teilweise ausschließen.

Damit sind die Gewerkschaften unmittelbar in die Rechtsprechung eingeschaltet worden. Natürlich nicht in dem Sinne, daß die Gewerkschaften die Urteile der Gerichte unmittelbar subjektiv bestimmen können, dagegen in der Weise, daß bei der Rechtsfindung immer Arbeitnehmer mitzuwirken haben, die von den Gewerkschaften vorzuschlagen sind, daß bei der Vertretung von Rechtsstreitigkeiten regelmäßig Gewerkschaftsfunktionäre Prozeßbevollmächtigte sein können und daß bei Verwaltungsmaßnahmen die Gewerkschaften vorher zu hören sind. Das gibt den Gewerkschaften im Recht eine ganz andere Position als bisher, und dadurch wird auch den Gewerkschaften eine sehr hohe Verantwortung aufgebürdet. Die Gewerkschaften wollen keine Klassenjustiz, sondern sie fordern die Gerechtigkeit. Zu vielen Tausenden werden Gewerkschaftsfunktionäre im Auftrage der Gewerkschaften in den Arbeitsgerichtsbehörden mitzuwirken haben. Dadurch besteht die unmittelbare Möglichkeit für die Gewerkschaften, die Durchsetzung wahrer Gerechtigkeit zu fördern. Schon allein aus diesem Grunde bedeutet das Arbeitsgerichtsgesetz in der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung einen Markstein und einen großen Fortschritt.

### Der Reichstarifvertrag im Steinseß- und Straßenbaugewerbe erneuert!

Die wiederholten ergebnislosen Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifes für das Steinseß-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe veranlaßten den unparteiischen Vorsitzenden des Reichstarifamtes, Herrn Dr. Depéne, Berlin, die Vertragsparteien nochmals zu einer Zusammenkunft zu laden, um unter seiner Leitung die strittigen Tariffragen nochmals zu behandeln und den Weg zu einer Einigung zu suchen. Beide Vertragsparteien erklärten sich bereit, dem Rufe des Unparteiischen zu folgen; daraufhin fand am 24. Januar in Berlin wiederum eine Reichstarifverhandlung statt, die von dem genannten Herrn geleitet wurde.

Eingangs der Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, daß es für sie in der Hauptsache auf die Regelung der Ueberstunden, der Feststellung des Begriffes „Steinseßhilfsarbeiter“ und auf die Regelung der Wohlfahrts-einrichtungen ankäme, alle weiteren strittigen Fragen sollen im Sinne der Vereinbarungen von Düsseldorf ihre Erledigung finden. Mit dieser Erklärung waren wesentliche Streitpunkte aus der Welt geschafft. Doch konnte über die vorhandenen Streitpunkte eine Einigung nicht erzielt werden. Erst nach wiederholten getrennten Verhandlungen und nach geschickter Redigierung der strittigen Punkte durch den Unparteiischen konnte nur nach langer Verhandlung ein Einvernehmen erzielt werden. In der Ueberstundenfrage ist folgende Regelung getroffen worden:

„Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit können gefordert und müssen geleistet werden, wenn die allgemeinen Verkehrsverhältnisse usw. solche bedingen oder wenn Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu beseitigen sind und diese vom Arbeitgeber aus solchen Gründen verlangt werden.“

Bekanntlich forderten die Arbeitgeber in der Ueberstundenfrage ein Bestimmungsrecht über die Anwendung derselben durch die Auftraggeber, dem sich unsere Vertreter widersetzen. Die jetzt getroffene Form bewegt sich im Rahmen der in Düsseldorf getroffenen Vereinbarungen und aus diesem Grunde fand sie unsere Zustimmung.

Weiter forderten die Arbeitgeber für die Steinseßhilfsarbeiter, entgegen der bisherigen 3monatigen Karenzzeit, eine solche von 6 Monaten. In einer Protokollnotiz sollte diese Festlegung zum Ausbruch gebracht werden. Unsererseits wurde an der bisher üblichen 3monatigen Karenzzeit festgehalten. Diese Gegenläufe wurden durch eine der Protokollnotiz einzufügende Definition des Begriffes Hilfsarbeiter behoben, so daß eine Einigung auch in dieser Frage herbeigeführt werden konnte. Diese Protokollnotiz zu § 5 Abs. d des Reichstarifvertrages lautet:

„Als Steinseßhilfsarbeiter ist der Arbeitnehmer zu betrachten, der länger als drei Monate im Gewerbe und bei Herstellung des Planums, der Herstellung von Pflasterunterbettung, der Verlegung von Bordsteinen, beim Plattenlegen und dem Steintransport auf der Baustelle beschäftigt ist.“

Mit dieser Protokollnotiz ist ein ordnendes Moment in der Frage der Entlohnung der Hilfsarbeiter geschaffen worden, das viele Streitfälle in Zukunft beheben wird.

Die bekannnten Wohlfahrtseinrichtungen, deren organisatorischer Aufbau durch einen allgemeiner verbindlichen Nachtrag des bisherigen Reichsstarifvertrages gesichert ist, hat sich leider nicht überall in die bestehenden Bezirksverträge einfügen lassen. Wohl sind die den Wohlfahrtseinrichtungen zugrundeliegenden Forderungen fast überall zur Durchführung gekommen, aber als Schema zu dieser Regelung sind die Bestimmungen über die Wohlfahrtseinrichtungen nicht in die Tat umgesetzt worden. Besonders waren es zahlreiche Arbeitgeberkreise, die sich gegen das Markenleben für die Wohlfahrtseinrichtung sträubten, obwohl sie sinngemäß den Inhalt der Bestimmungen des Reichsstarifvertrages ausübten. Dies war die Ursache, daß die Einrichtung dieser Einrichtung an den einheitlichen Willen der beiden Parteien in den Unterbezirken gebunden ist. Das heißt, daß der Apparat und der organisatorische Aufbau, wie es jetzt schon in vielen Fällen geschehen ist, zur Durchführung der Aufgaben der Wohlfahrtseinrichtung in dem freien Ermessen steht. Ganz deutlich ist unser Ziel bei dieser Verhandlung zum Ausdruck gekommen, daß wir überall den sozialen Inhalt der bisherigen Wohlfahrtseinrichtungen in den Bezirksverträgen verankern werden. Angesichts dessen stimmten wir einer vom Unparteilichen in dieser Frage aufgenommenen Protokollnotiz zu, die in bezug auf die Wohlfahrtseinrichtungen lautete: Unter „Einrichtung“ im Sinne des § 8 Abs. 2 ist auch Aufrechterhaltung vorhandener Wohlfahrtseinrichtungen zu verstehen.

### Zur Erwiderung.

(Chr. Sch.) Um angeblich eine „Steuer zur Wahrheit“ beizutragen, hielt es die christliche Steinarbeiterzeitung vom 22. Januar für notwendig, auf meinen Artikel in Nr. 1 des Steinarbeiters eine Antwort zu geben, die alles andere, aber nur kein Beitrag zur Wahrheit ist. Das Leitmotiv des christlichen Artikelschreibers bestand wohl darin, daß sich ein jeder so gut blamiert, so gut es eben geht. Wie diese christliche „Steuer zur Wahrheit“ aussieht, darüber sollen nachstehende Zeilen entsprechende Aufklärung geben.

Das christliche Organ schreibt im Feitdruck: „Was tat Herr Schmidt nach dem 10. August? Ohne uns zu verständigen, trat Schmidt am 23. August mit den Unternehmern zu Verhandlungen zusammen und traf eine Vereinbarung, die keine Verbesserung gegenüber dem Schiedsspruch brachte.“

Mit diesem Satz wird ausdrücklich bestätigt, daß der christliche Artikelschreiber bis zum heutigen Tage entweder den Schiedsspruch oder die am 23. August getroffene Vereinbarung immer noch nicht kennt. Damit ist zugleich bestätigt, daß der Artikelschreiber bis zum heutigen Tage immer noch nicht weiß, um was sich der Kampf der Steinarbeiter des Fichtelgebirges drehte. Um so gewissenloser war daher der Einspruch des Gauleiters Wettenmann gegen unseren Antrag auf Verbindlichkeitsklärung unserer Tarife, um so notwendiger war es daher, unseren Kollegen das Vorgehen des Gauleiters Wettenmann im Steinarbeiter gebührend vor Augen zu führen.

Wenn der Artikelschreiber weiter die tollkühne Behauptung aufstellt, daß die am 23. August getroffene Vereinbarung sogar noch schlechter sei als der Schiedsspruch und zugleich die Frage aufwirft, ob denn da der Streik wirklich notwendig war, dann müssen wir schon zur „Steuer der Wahrheit“ dem christlichen Artikelschreiber folgende Fragen zur Beantwortung unterbreiten:

1. An welcher Stelle ist der Nürnberger Schiedsspruch besser als unsere Vereinbarung vom 23. August?
2. Ist dem Artikelschreiber nicht bekannt, daß laut des Schiedsspruches nicht zwei, sondern nur ein Tarif geschaffen werden sollte und heute doch wieder zwei Tarife bestehen? Oder gehen dem Artikelschreiber die Begriffe zwischen Schleiferei und Granitwerksteinindustrie vollständig ab?

3. Weiß der Artikelschreiber nicht, daß den Steinmehlen in den Schleifereibetrieben erst durch den Streik der tarifliche Stundenlohn bei Herstellung von Werksteinarbeiten gesichert werden konnte?
4. Ist dem Artikelschreiber wirklich nicht bekannt, daß die Maschinenfleischer laut des Nürnberger Schiedsspruches mit 100% Prozent and erst jetzt durch den Streik mit drei Prozent des Lohnes zum Mehrverbrauch an Material herangezogen werden können?
5. Ist es für die Arbeitnehmer wirklich kein taktischer Vorteil, daß die Regelung über den Mehrverbrauch an Werkzeug und Material nicht im Tarif, sondern nur in Form eines Protokolls festgelegt ist?
6. Ist es für die Steinarbeiter kein Vorteil, wenn durch den Streik erreicht werden konnte, daß die Tarife nicht wie laut Schiedsspruch am 1. Oktober, sondern bereits am 1. Juli ablaufen?
7. Ist dem Artikelschreiber im christlichen Steinarbeiter-Organ wirklich nicht bekannt, welche Kürzung der Hilfsarbeiterlöhne im Schiedsspruch vorgesehen war und daß es erst durch den Streik möglich war, wenigstens für die bisher in den Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter die bisherigen Löhne in vollem Umfange aufrechtzuerhalten? Oder hat der Artikelschreiber für die Notlage der Hilfsarbeiter kein Verständnis?
8. Hatte der Artikelschreiber im christlichen Organ im Interesse seiner Mitglieder wirklich noch keine Zeit, die technischen Bestimmungen der alten und neuen Tarife einmal zu vergleichen? Oder trifft hier die vielfach aufgestellte Behauptung zu, daß Gauleiter Wettenmann von diesen Dingen nichts versteht?
9. Ist es für die Arbeitnehmer gegenüber den bisherigen Bestimmungen kein Vorteil, wenn die Zuständigkeit der Gerichte bei allen Tarifstreitigkeiten laut Tarif ausdrücklich anerkannt und festgelegt ist? Wo hat der Gauleiter Wettenmann für seine Mitglieder in der Steinindustrie schon einmal Klage geführt, um aus eigener Erfahrung diesen Vorteil würdigen zu können?
10. Kennt der christliche Artikelschreiber die gewissenhafte Beantwortung dieser Fragen wirklich einen Beitrag zur Steuer der Wahrheit?

Alle Steinarbeiter und nicht zuletzt die christlich organisierten Mitglieder müssen bestätigen, daß durch die gewissenhafte Beantwortung der obigen Fragen wesentliche Vorteile gegenüber dem Schiedsspruch festgestellt werden müssen. Ich bin daher in der angenehmen Lage, allen Steinarbeitern das Urteil über die im christlichen Organ aufgestellten Behauptungen selbst überlassen zu können. Zur Steuer der Wahrheit hat das christliche Organ nur insofern beigetragen, indem es unsere Behauptung, nach welcher Herr Wettenmann während des Streikes seinen Finger gekrümmt hat, um den Streik für die kämpfenden Steinarbeiter erfolgreich zu gestalten, nicht bestritten hat, und wir nehmen von dieser Bestätigung recht gerne Kenntnis.

Unser Hinweis, was für Lohn- und Arbeitsbedingungen für die christlich organisierten Steinarbeiter eigentlich gelten sollen, wenn dem Einspruch Wettenmanns stattgegeben und die Tarife nicht verbindlich erklärt werden sollten, findet eine recht eigenartige Beantwortung. Dazu wird im christlichen Organ erklärt, daß ja der Einspruch gegen unseren Antrag zurückgezogen sei und damit die vom Steinarbeiterverband abgeschlossenen Tarife auch für die christlich organisierten Mitglieder Gültigkeit hätten. Das ist nach gewerkschaftlichen Grundsätzen eine ganz sonderbare Einstellung. Zuerst sucht man die vom Steinarbeiterverband abgeschlossenen Tarife mit allen Mitteln zu hinterziehen, um sich dann aber der weiteren Aufgabe zur Schaffung besserer Tarife zu entziehen, schließlich man sich unter recht großem Klamauf den vom Steinarbeiterverband abgeschlossenen Tarifen an. Wenn es wirklich christlich organisierte Steinarbeiter geben sollte, die eine derartige Einstellung ihres Verbandsvertreters gutheißen, dann können wir solche Steinarbeiter nur bedauern.

Anwahr ist die Behauptung des christlichen Organs, wenn es schreibt, daß der Vorsitzende bei den Verhandlungen vor dem Ministerium erklärt hätte, daß der Nürnberger Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird, weil die Steinarbeiter ja bereits in den Streik getreten sind. Hier braucht Herr Wettenmann nur den kurzen

Weg zum Sozialministerium zu machen und es wird ihm dort recht gerne das Gegenteil bestätigt werden. Wir müssen also hier feststellen, daß die Verbindlichkeitsklärung des Nürnberger Schiedsspruches gerade durch den Streik verhindert werden konnte.

Der ganze Artikel im christlichen Blatt ist also alles andere, nur kein Beitrag zur Steuer der Wahrheit. Auf die Frage, ob ich glaube, daß sich der christliche Berufsverband als selbständige Organisation eine solche Behandlung gefallen lassen kann, habe ich folgendes zu erklären:

Es kann nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht werden, daß wir die christliche Organisation ausschalten wollten. Im Artikel des christlichen Organs wird ja bestätigt, daß wir auch dem Berufsverband christlicher Steinarbeiter die Möglichkeit gaben, den abgeschlossenen Tarifen als Tarifkontrahent beizutreten. Wenn die christliche Organisation bei den Schlussverhandlungen umgangen wurde, dann darf sich der Berufsverband wegen seiner Umgebung nicht bei uns und auch nicht bei den Arbeitgebern, sondern nur dort beklagen, von wo aus diese Verhandlungen auch eingeleitet wurden. Unsere Stellungnahme gegenüber dem Berufsverband wird für alle zukünftigen Verhandlungen davon abhängen, ob der Einspruch des Gauleiters Wettenmann gegen unseren Antrag vom Berufsverband deutscher Steinarbeiter gebilligt wird, oder ob hier Wettenmann gegen die sonstigen Gespinnstereien seiner Organisation gehandelt hat. Von der Beantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob wir unsere zukünftigen Maßnahmen mit dem Berufsverband oder nur mit dem Gauleiter Wettenmann zu treffen haben und solche auch treffen können.

### Erhöhte Witwenrenten in der Unfallversicherung.

Noch wenig bekannt ist, daß nach der neueren Fassung der Reichsversicherungsordnung die Witwe eines durch Betriebsunfall getöteten Versicherten eine Witwenrente in Höhe von zwei Fünfteln statt einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes des Getöteten zu beanspruchen hat, solange sie durch Krankheit oder andere Gebrechen wenigstens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hat. Die Erhöhung wird allerdings nur gewährt, wenn die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit länger als drei Wochen bestanden hat.

Nun schreibt § 611 der Reichsversicherungsordnung auch vor, daß die Erhöhung der Witwenrente nicht für länger als drei Monate zurück verlangt werden kann. Wörtlich heißt es: „Die Erhöhung der Witwenrente (§ 568 Abs. 1 Satz 2) kann auch für eine Zeit bis zu drei Monaten vor der Anmeldung des Anspruchs verlangt werden.“ Danach dürfen die anspruchsberechtigten Witwen mit der Anmeldung ihres Anspruchs nicht länger als drei Monate nach Eintritt der Erwerbsbeschränkung warten, wollen sie nicht eines Teiles ihrer Ansprüche verlustig gehen. Denn die Vorschrift, daß die Erhöhung der Witwenrente von einem auf zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nur gewährt wird, wenn die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit länger als drei Monate bestanden hat, hat nicht den Sinn einer Wartezeit, nach deren Ablauf erst der Anspruch einleitet; vielmehr umfaßt der Anspruch auf die Erhöhung der Rente auch die ersten drei Monate mit.

Natürlich kann der Antrag auf die erhöhte Witwenrente auch bereits vor Ablauf der ersten drei Monate seit Eintritt der Erwerbsminderung gestellt werden, besonders dann, wenn offenbar ist, daß die Erwerbsminderung über drei Monate hinaus dauern wird.

### Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

- Gespart:
1. Gau. N. W.: In Oberbären und Umgebung sämtliche Betriebe der Steingewinnung und Steinbearbeitung, weil die Unternehmer nicht den Tarif respektieren.
  2. Gau: In Ditzschener, Bez. Leipzig, das Granitwerk Dornitz. Die Ködniger Quarzporphyrewerke G. m. b. H. (Geschäftsführer Haase in Leipzig).

### Rochlitzer Gesellenordnung vom Jahre 1486.

(A. K.) Die Rochlitzer Hüttenordnung stammt aus dem Jahre 1462. Sie liegt in zwei Exemplaren vor, und zwar in einer Niederschrift vom Jahre 1486 und in einer fehlerhaften Abschrift dieser. Sie enthält neben allgemeinen Bemerkungen auch eine „Ordnung der Gesellen, wie sie halbtien sollen“. Aus dieser Gesellenordnung mögen die hauptsächlichsten Punkte folgen. Ich habe sie zum leichteren Verständnis in unsere heutige Schriftsprache übertragen.

1. Welcher Geselle zu einem andern Meister läuft, ehe er von seinem Meister Urlaub hat, „der soll geben ein Pfund Wachs und soll Urlaub haben“. Das Wachs war damals Zahlungsmittel; man brauchte es für die nötigen Kerzen (Beleuchtung).
2. Welcher Geselle mere (Geschichten) treibt oder wascherey (Klassereien) treibt zwischen dem Meister und anderen Leuten, dem soll man hüten mit einem halben Wochenlohn.
3. Welcher Geselle sein Maßrecht unrecht auflegt, oder es liegen läßt, wer sein Winkelmaß am Stein hängen läßt, den Stein von der Bank fallen oder die Hacke (Hammer) aus dem Stiel fallen läßt, wer die Fenster an seiner Bank nicht zutut, der soll 3 Groschen Buße zahlen.
4. Wer über einen anderen Gesellen übel spricht, der soll geben 12 Pfennig zur Buße.
5. Welcher G. sich übertrinkt und übertrifft, „der soll geben ein wochen lohn und 1 pfunt wachs“. — (Das Trinken scheint also auch damals schon eine große Rolle im Leben der Steinmehlen gespielt zu haben, sonst hätte man es nicht unter so hohe Strafe gestellt.)
6. Wer stiehlt, raubt, mordet oder sich mit unehelichen Frauen abgiebt, den soll man aus dem Handwerk „werfen und ewig verweisen“.
7. Ein jeder Geselle mag Urlaub (Feierabend) nehmen am Lohn-tage, wenn es ihm bei seinem Meister nicht gefällt. Es ist niemand an den andern gebunden. Welcher Geselle aber bei einem Meister einen Winter hindurch in Arbeit steht, der soll bei ihm in Arbeit bleiben bis auf Johannisstag.
8. Es soll kein Geselle dem Polier oder Meister Geschenke geben um der Arbeit willen.
9. Kein Geselle soll in den Werkstätten oder im Wirtshaus Messer bei sich tragen länger denn eine halbe Elle.
10. Kommt ein Wandergeselle, ehe man Ruhe anschlügt (Feierabend macht) auf den Bruch, so soll er den Tagelohn verdienen. Wenn ein Wandergeselle zur Hütte einget, so soll er sprechen: „Gott grüße euch, Gott wense euch; Gott lohne euch, euch geber meister erworberung (Verehrung) pallirer (Polier) und euch hübschen gesellen!“

Kein Geselle soll diese Bitte überhören. Es sollen ihm alle helfen. Wenn sie geholfen haben, dann soll der Wandergeselle seinen Hut abtun und sprechen: „Ich danke dem meister und pallirer und den ehrtbaren gesellen!“

Wir erfahren aus der Rochlitzer Gesellenordnung wohl die Pflichten der Gesellen, von Rechten finden wir nichts verzeichnet. Hier hat erst die moderne Arbeiterbewegung Pflanze geschlagen. Der Geselle des Mittelalters war Knecht des Meisters. Sein einziges Sehnen galt nicht etwa der Verbesserung seines Standes, sondern nur seiner eigenen Lage. Die suchte er nicht allgemein zu heben, sondern er strebte danach, auch einmal Meister zu werden. Nur wenigen glückte dies. Die Masse aber blieb Jahrhundertlang in knechtlicher Abhängigkeit, bis endlich unsere Gewerkschaften den Gesellen auch Rechte erkämpften.

### China von gestern und heute.

Von Ing. A. Handrud.

Die jahrtausendelange Abgeschlossenheit Chinas hat aufgehört. Die Berührung mit dem Westen in den letzten Jahrzehnten hat dies mit sich gebracht. Die erste Stufe der wirtschaftlichen Neugestaltung war die Entwicklung des Außenhandels, der sich stetig gesteigert und einen solchen Umfang angenommen hat, daß China bereits als wichtiges Glied der Weltwirtschaft betrachtet werden muß. Dem Handel des Westländers folgte der Ausbau seiner Industrie, die von den Vertragshäfen aus in das Innere des Landes drang.

Mit dem Bau einer Anzahl Eisenbahnlinien wurde der Anfang der Erschließung des Landes für den neuzeitlichen Verkehr gemacht. Augenblicklich befinden sich aber die Eisenbahnen in den Händen der verschiedenen Generäle, die wohl Passagiere den Fahrpreis bezahlen lassen, aber sich weniger um die Instandhaltung der Bahnhöfe bekümmern. Automobilstraßen befinden sich in verschiedenen Teilen des Landes im Bau; auch Ansätze zu einem Flugzeugverkehr sind vorhanden. Das beweist der Empfang der deutschen Verkehrsflugzeuge in Ostasien, denen man aus Wirtschaftskreisen großes Interesse entgegenbrachte. Von ganz besonderer Bedeutung waren aber die Veränderungen auf geistigem Gebiete. Die Abschaffung der altchinesischen Staatsprüfungen, die die nationale Philosophie in den Mittelpunkt der Bildung gestellt hatten, und ihre Ersetzung durch ein Schulsystem mit Lehrplänen und Lehrstoff nach westländischem Muster bedeutete eine Erschütterung des ganzen chinesischen Denkens.

Die Entwicklung ist durch die Ereignisse des Weltkrieges in ein neues Stadium getreten. Die Ächtung, die man bis dahin den Westländern entgegengebracht hatte, weil man die Notwendigkeit ihrer Führerschaft auf vielen Gebieten der Zivilisation als notwendig erkannte, schlug durch das Verhalten der Entente ins Gegenteil um. Besonders empörte es das chinesische Recht- und Ehrgefühl, daß die Entente in Versailles China um den Preis, für den es in den Krieg eingetreten war, die Wiedererlangung der Souveränität über Schantung, zu bringen versuchte. Das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Entente während des Krieges, allerdings zu ganz anderen Zwecken, in die Welt geworfen hatte, wurde von weiten Kreisen Chinas gierig aufgegriffen. Es legte eine scharfe Agitation ein. Vor allen Dingen wurde die Revision des Zolltarifs verlangt und Maßnahmen zum Abbau der Exterritorialität der Ausländer. Die zögernde Haltung der Mächte, die gemachten Zugeständnisse in dieser Hinsicht nicht gleich zur Ausführung zu bringen, trug dazu bei, die schon vorhandene Nervosität bis aufs höchste zu steigern. Darum wurde auch die Gelegenheit im Mai 1925 sofort ausgenommen, als die englische Niederlassungspolizei in Schanghai bei einer Demonstration von Studenten und Arbeitern zugunsten eines Streiks, in Ueberschätzung der Gefahr, auf die Demonstranten feuerte und eine Anzahl von ihnen tötete und ver wundete. Die Wirkung dieses Zwischenfalles war eine ganz andere als bei ähnlichen Vorgängen in früheren Jahren. Sofort bildeten alle maßgebenden Faktoren des Landes, die Intelligenz, die Arbeiterorganisationen, die Kaufmannschaft, die Presse und auch die Regierung nebst militärischen Gewalthabern in nie dagewesener Einigkeit eine Einheitsfront gegen die internationale, aber tatsächlich englische Niederlassungsverwaltung.

Mit Streik in den englischen Betrieben und mit Boykott der englischen Waren, der erst vor kurzem eingestellt wurde, suchte man die Engländer gezwungen zu machen. Besonders empfindlich wurde Hongkong getroffen, wo die Chinesen mit dem benachbarten Kanton, das Herz Chinas genannt, zusammenarbeiten und Handel und Schifffahrt fast stilllegten. Bezeichnend für den Wandel der Zeiten ist das Verhalten der Engländer diesen Ereignissen gegenüber. Während man früher Fragen dieser Art mit dem Aufmarsch eines

Geschwaders und nötigenfalls einer Kanonade ohne große Schwierigkeiten gelöst hätte, beschritten die Behörden und die Kaufmannschaft Hongkongs den Weg der Verhandlungen. Die Größe der Katastrophe kann man ermessen, wenn man berücksichtigt, daß Hongkong der größte Umschlagshafen der Welt ist, daß der Tonnengehalt der täglich eingehenden Schiffe im Jahre 1924 auf durchschnittlich 160 000 Tonnen, in den Monaten Juli bis Oktober 1925 aber nur auf 55 000 berechnet wurde und in diesem Jahre sich noch mehr ausgewirkt hat. Die britische Regierung in Hongkong hat drei Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, um der Kolonie über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen.

Die Frage, ob eine Ausfuhr oder die Möglichkeit besteht, China nach dem Muster Rußlands zu bolschewisieren, ist eine der schwerwiegendsten für die Entwicklung der ganzen Welt. Verbreitet ist die Auffassung, daß der Bolschewismus schon an dem tiefeingewurzelten Familienfinn des Chinesen scheitern würde. Ferner ist zu beachten, daß die soziale Urzelle Chinas nicht wie im Westen das Individuum, sondern die Familie ist. Immer mehr stellt sich auch heraus, daß diese Ziele der Kantoner Regierung, die in dieser Beziehung als maßgebend angesehen wird, vorwiegend national sind, und daß sie sich der Russen nur für ihre Zwecke, und zwar hauptsächlich zur Ausbildung der Truppen, bedient. Vermieden wurde aber, sich von den Russen beherrschen zu lassen. Die Stadt Kanton ist heute eine der modernsten Südkinas, der größte Teil wurde nach der Beschießung der Neuzeit entsprechend aufgebaut. Von Kanton aus werden auch die zukünftigen Geschicke Chinas geleitet.

Amerika ist es gelungen, sich in den Ruf eines guten Freundes Chinas zu setzen, trotzdem seine Politik im großen und ganzen nicht weniger eigennützig gewesen ist als die englische. Dennoch stellt es sich immer mehr heraus, daß die Betätigung Amerikas in China als unheilvoll anzusehen ist, obgleich scheinbar sich auch Idealisten unter den Amerikanern befinden, die das Beste Chinas im Auge haben.

Amerikanische Sitten und Gebräuche, sportliche Jugenderziehung, Automobile, Automobilstraßen, Hochhäuser und ähnliche Dinge aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten sind eben keine Mittel, dem chinesischen Volke in seinen Nöten zu helfen. Bettler, Krüppel, Blinde trifft man zu Abertausenden. Ja, die Blinden, die mit eintöniger Stimme ein klagendes Lied vor sich hinhimmeln, sie sind eine Wunde Chinas! Und es ist traurig, darüber nachzudenken, daß Europäer und Amerikaner Kriegsschiffe, Waffen und Munition dorthin schicken, Ingenieure und Forscher, welche die Aufgabe haben, den Boden Chinas, der so reich an Schätzen ist, traditionell auszubeuten, daß sie aber nicht daran gedacht haben, auch eine Armee von Ärzten nach dort zu entsenden.

Sieht man jedoch die zersetzende Wirkung des amerikanischen Einflusses und das Tempo, das diese Betätigung seit der Revolution angenommen hat, so ist zu befürchten, daß unter der zermalmenen Maschine des Amerikanertums, wenn nicht bald Einhalt geboten wird, Kulturwerte zugrunde gehen können, die zur Seele Chinas gehören und für die ganze Menschheit von höchster Bedeutung sind. Wer in diesem Kulturkampf Sieger bleiben wird, kann nur die Zukunft lehren.

### Schwierige Aufgabe. Alkoholgegnern, Brauerbund und Booncamp, wie reimt sich das zusammen?

Der Booncamp und der Brauerbund, Sie werden auf Michels Kösten „gesund“, Sie fördern die deutsche Alkoholnot Und schlagen sie dann mit Plakaten tot; Nur die Alkoholgegnern verderben den Spaß. Sie spucken dem Brauer und Brenner ins Glas, Und doch bekamen sie alle drei — Die gold'ne Medaille der „Geselle“.

4. Gau: In Eschert das Grabsteingewerbe Schleipfer.  
6. Gau: Vom Werkstein- und Pflasterbezirk des Oberrheins ist Zugang fernzuhalten. — In Freiburg (Baden) die Firma Südbau, G. m. b. H., Schwarzwaldbstr. 133, für Steinmehnen wegen Maßregelung.

4. Gau: In Hannover Steinmehnen, Kunststeinbearbeitung, Kantsbau Misburg-Hannover.

**Bierwanderfeste im 7. Gau** haben im Januar d. J. stattgefunden. Es wird nun die Verbandsmitglieder gewiss interessieren, über diese Kurse einige ziffermäßige Unterlagen zu erhalten, die nach mancher Richtung entsprechende Schlüsse zulassen. Die Kurse fanden statt in Passau für die Jahrestellen im unteren Bayerschen Wald; in Deggendorf für die Verbandsorte im oberen Bayerschen Wald. Dann in Marktreich für die Jahrestellen in der Oberpfalz und in Schwarzbach a. Saale für die Jahrestellen des Fichtelgebirges. Durchschnittlich waren 30 Teilnehmer vorgesehen, aber auf jedem Kursus fehlten 2 bis 4 angemeldete Teilnehmer, die durch betriebliche Schwierigkeiten nicht abkommen konnten. Vielleicht haben die Betreffenden sich auch nicht groß bemüht, diese Schwierigkeiten hinwegzuräumen. Die Gesamtzahl der Teilnehmer in den 4 Veranstaltungen betrug 110 Kollegen. Davon waren 17 ledig, 92 verheiratet, 1 Teilnehmer Witwer.

Das Alter der Teilnehmer schwankte bei 14 Kollegen von 20 bis 25 Jahre, bei 20 zwischen 26 bis 30 Jahre, bei 32 zwischen 31 bis 35 Jahre, bei 15 zwischen 36 bis 40 Jahre, bei 25 zwischen 41 bis 50 und 4 Teilnehmer waren über 50 Jahre alt. Aus dieser Aufstellung ist zu entnehmen, welche Altersklasse die meisten Teilnehmer gestellt hat. Bei den noch bevorstehenden Kursen in den übrigen Gauen wird sich wohl dasselbe Resultat ergeben.

Beruflich war die Verteilung so: 54 Steinmehnen, 9 Steinschleifer, 3 Brecher, 30 Pflastersteinmacher, 4 Schotterarbeiter, 10 Hilfsarbeiter.

Funktionen im Verband oder in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung übten 80 Teilnehmer aus, und zwar waren 22 als Jahrestellenkassierer, 28 als Vorsitzende, 5 als Schriftführer, 10 als Betriebsratsmitglieder und 16 Kollegen waren als Revisor, Unterassistent oder waren im Ortsausschuß der Gewerkschaften tätig, 29 Teilnehmer hatten augenblicklich keine Funktion im Verband; die Mehrzahl davon war aber früher bereits als rührige Funktionäre tätig.

Politisch organisiert waren 52 Kollegen, davon 50 bei der SPD, 2 Kollegen bei der KPD. Parteilos waren 58 Kollegen. Diese Feststellung mag schließlich manchem als überflüssig erscheinen, dennoch läßt sie auch manche Rückschlüsse zu, besonders soweit die Parteilosigkeit auf direkte Interessellosigkeit zurückzuführen ist. Anders liegt es jedoch bei denen, die auf Grund der üblichen Auseinandersetzungen im parteipolitischen Streit sich nunmehr absetzt gestellt haben.

Die Dauer der Verbandszugehörigkeit der Teilnehmer ergibt folgendes Bild: Bis 5 Jahre gehörten 15 Kollegen dem Verbands an, bis 10 Jahre 48, bis 15 Jahre 19 und über 15 Jahre 28 Kursteilnehmer. Diese Feststellung ist äußerst befriedigend.

Was nun sonst noch über diese 4 Kurse zu sagen wäre, gipfelt in der guten Aufnahme bei den Teilnehmern. Ihre Aufmerksamkeit war durchweg ohne Ausnahme groß. Am Schluß jedes Kurses wird versucht, in gemeinschaftlicher kollegialer Aussprache eventuelle Anregungen, Kritik und Anerkennung der Teilnehmer über das Vorgetragene selbst und über die Art wie es vorgetragen wird, zu erörtern. Die Aussprache hat immer Uebereinstimmung zwischen den Vortragenden und Kursteilnehmern zutage gebracht. Das ist sehr erfreulich und bestärkt die Auffassung, daß diese Kurse unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr angebracht, ja notwendig sind. Es wird sich sogar die Notwendigkeit ergeben, solche Kurse im Laufe der Zeit mit anderen Teilnehmern im selben Gebiet zu wiederholen. Das ist allerdings erst dann möglich, wenn das ganze Verbandsgebiet so durchgearbeitet wurde, wie augenblicklich der 7. Gau im Verband.

Die Zusammenarbeit zwischen Vortragenden und Teilnehmern war äußerst gut. Es wird nicht geraucht und nicht serviert. Diese Maßnahme hat sich sehr gut bewährt und niemals Widerspruch hervorgerufen. Die kurzen Pausen nach jeder Stunde sind natürlich notwendig, und mancher Kollege raucht dann mit einem gewissen Behagen außerhalb des Vortragsraumes sein Pfeifchen oder sein Stöbchen. Anerkennung löste auch die praktische Literatur aus, die jedem Teilnehmer am Kursschluß ausgehändigt wird. Erfreulich ist auch, daß der Verlag der Zeitschrift „Gewerkschafts-Archiv“, Karl Zwing in Jena, den Teilnehmern der Kurse ganz wichtiges Material mit ausshändig läßt. Also im ganzen gesehen ist beiderseits die Erfahrung zufriedenstellend. Soweit die Lokalfrage, die Befestigung, die Ueberrichtung in Frage kommt, hat es überall auch geklappt wie am Schnürchen. Die Vorbereitungen waren von der immer rührigen Gauleitung richtig getroffen. Die Kosten, die dem Verband dadurch erwachsen, müssen so eingedämmt werden wie jene, die dieser oder jener Geschäftsinhaber für den inneren Aufbau seines Unternehmens verwendet, um ihm eine stabile Grundlage zu geben. Das sind also Ausgaben, die für die Zukunft gut einstragend angelegt sind.

**Chemnitz.** Generalversammlung am 15. Januar im Volkshaus. Anwesend alle Sektionen. Nach dem kurzen, aber sehr interessanten Jahresbericht des Vorsitzenden, Kollegen Kunath, folgten die Neuwahlen der Ortsverwaltung. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Nur unser alter bewährter Hauptkassierer schied freiwillig infolge Ueberlastung aus. Die Versammlung wählte einstimmig an seine Stelle den Kollegen Albert Rudolf. Der Kollege Rübiger als 2. Vorsitzender nahm das Amt nur unter der Bedingung an, daß ihn die Kollegen im kommenden Jahre besser unterstützen. Es genügt zur erfolgreichen Arbeit eines Funktionärs bei weitem nicht, wenn die Kollegen ihre Beiträge zahlen, wie Kollege Wappert anführte, es müssen die gesamten Mitglieder die Funktionäre tatkräftig durch rege Versammlungsbesuche unterstützen. Auf Antrag Tienelt beschloß man, unsere Fahne nur auf Verlangen beim Ergebnis eines Kollegen mitzuführen. Bedauerlicherweise hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der Kollegen mit der Fahne noch nicht getroffen hat. Es geht nicht an, daß bei einem Begräbnis, wo ein Pfarrer mitwirkt, unsere rote Gewerkschaftsfahne mitgeführt wird. Als ersten Antrag zum Verbandsstag nahm man die gefasste Resolution im Falle Streik einstimmig an. Verurteilt wurde die Haltung des „Steinarbeiters“. Trotzdem die Resolution im November gefaßt wurde, hat bisher nichts davon im „Steinarbeiter“ gestanden. (Der Redaktion wurde nichts übermitteln zum Abdruck.) Das Lehrlingswesen wurde gebührend kritisiert und nach Entgegennahme des Referats des Kollegen Weisloß beschloß die Versammlung, in diesem Frühjahr, wenn nötig, durch Arbeitsniederlegung der Lehrlingszuchterei im Steinleggewerbe ein Ende zu bereiten. Spannend hörten die Anwesenden den Ausführungen des alten Kämpfers und Veteranen der Arbeiterbewegung, Kollegen Regel, zu. Mit markanten Worten verstand es der Redner, den schweren, aber auch erfolgreichen Kampf für geregeltes Lehrlingswesen in der Vorkriegszeit zu schildern. Diese Erfolge konnten wir nur durch aktives Zusammenarbeiten aller Kollegen buchen. Damals war es nicht möglich, daß ein Unternehmer 8 Lehrlinge und im äußersten Falle 10 Lehrlinge beschäftigte. Das Verhalten der Unternehmer bedeutet in diesem Falle direkten Tarifbruch. Wir werden zur gegebenen Zeit unsere Rechte zu schützen wissen! 60 Kollegen arbeiteten, 40 Lehrlinge arbeiten. Um den Verbandsangelegenheiten zu geben, beschloß die Versammlung einstimmig die Einführung einer Kontrollkarte, welche zu jeder Versammlung abgestempelt wird. Durch diese Maßnahme sollen die jüngeren Kollegen dem Verbandsleben zugeführt werden. Dieser Beschluß gilt für alle Sektionen. Zum Schluß beschloß man, am 19. Juni ein Sommerfest und im August zur Ehre der Jubilare, welche wir wieder in diesem Jahre haben, ein Fest abzuhalten.

### Steinsetzer und Pflasterer.

**Verden.** Am 16. Januar 1927 fand hier die Generalversammlung statt, welche infolge der Interessellosigkeit der Kollegen nur mäßig besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung; durch die Anschaffung der Fahne hat sich ein Defizit herausgestellt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Auf Antrag wurde das Lokalgeld erhöht, und zwar sollen auf die volle Beitragswoche statt 10 Pf. 20 Pf. erhoben werden. Die sogenannten Lehrlingswochen werden nicht erhöht. Außerdem soll jeder Kollege noch zwei Stück Fahnenjohndarmen fleben. Darauf gab der Gauleiter Kollege A. Gökemeyer einen ausführlichen Bericht über den augenblicklichen Stand der Reichs- und Bezirksstarif-Verhandlungen; es wurde die Stellungnahme der Verhandlungskommission gutgeheißen. Bei der Vorstandswahl wurden der 1. Vorsitzende Joh. Meyer und der Kassierer B. Warndt wiedergewählt, 2. Vorsitzender Heinz Sündermann, Schriftführer S. Bruns. Nachdem noch die Lehrlingszuchterei der Unternehmer im hiesigen Bezirk von allen Seiten scharf kritisiert wurde, schloß der Vorsitzende die angeregte verlaufene Versammlung.

**Seide.** Die Jahrestelle hielt am 9. Januar ihre Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung waren drei Punkte zu erledigen. Im ersten wurden zwei Kollegen neu aufgenommen. Ferner wurden die Kollegen in eingehender Aussprache ermahnt, die sich im Sommer 1926 des Sitzbruchs schuldig gemacht hatten. Auch diese wurden wieder aufgenommen. Im Punkt 2 gab der Vorsitzende Kollege Bruhn einen klaren und eingehenden Bericht über die jetzige Situation. In der Aussprache schloß man sich den Ausführungen an. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender S. Bruhn, 2. Vorsitzender und Kassierer H. Boed, Hilfskassierer S. Pöller, Schriftführer M. Nissen. Revisoren A. Schütt und F. Sothmann. Der Kollege Gökemeyer, Hamburg, hielt einen lehrreichen Vortrag über Lohnverhandlung. In der Lehrlingsfrage konnte wieder keine Einigkeit erzielt werden. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, daß jeder Kollege seine Pflicht für den Verband in der Beitragsleistung erfüllen möge.



**Alberode.** Am 16. Januar 1927 fand in Alberode eine Bezirksversammlung der Jahrestellen Alberode, Elmanshausen, Germerode, Higerode und Kassel statt. Kollege Göhre, Bezirksleiter Kollege Reis und Kollege Bed, Hannover, waren erschienen. Tagesordnung war: 1. Inlere Lohn- und Tarifpolitik unter Berücksichtigung der heutigen Wirtschaftslage. 2. Wohlfahrtsvereine. 3. Gauleitung. 4. Verschiedenes. Zuerst weist Kollege Göhre in einem ausführlichen Vortrag auf die Schwierigkeiten der bisher geführten Verhandlungen hin. Er berichtet von den Absichten der Unternehmer im Tarifbezirk Mitteldeutschland. Die Herren beabsichtigen eine Einteilung in 3 Lohnklassen und einen Lohnabbau bis zu 20 Prozent. Eine Einigung über den Reichstarif sowie über den Bezirksstarif ist noch nicht erfolgt. Um einen günstigen Abschluß zu erzielen, ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen streng den Anweisungen von zentraler Stelle folgen. An der Aussprache beteiligte sich eine Anzahl Kollegen und stimmte mit ihren Ausführungen dem Gauleiter zu. Einige Mängel bei der Firma Bernburg, Hannover, wurden zur Sprache gebracht. Leider war von den betreffenden Kollegen keiner erschienen. Im zweiten Punkt, Wohlfahrtsvereine, bringen verschiedene Kollegen Klagen vor über Benachteiligung bei der Auszahlung. Kollege Göhre gibt zu, daß Fehler gemacht worden sind, und geht auf diese näher ein. Vor allem tragen die Kollegen selbst einen Teil Schuld. Kollege Bed, Hannover, und Kollege Reis, Kassel, berichten von der Verteilung in den genannten Bezirken. Die Versammlung hat den Wunsch, daß die Sache einheitlicher geregelt wird, denn es ist vorgekommen, daß Kollegen in mehreren Bezirken gearbeitet, aber in keinem Bezirk 700 Stunden erreicht haben. Viele Kollegen haben auch kein Wahrsatzgeld erhalten. Im Punkt 3, Gauleitung, weist Kollege Göhre auf die Wichtigkeit der am 5. und 6. März in Erfurt stattfindenden Gauleitung hin. Jede Jahrestelle muß auf derselben vertreten sein. Da hier schon Vorbereitung für den kommenden Verbandsstag geleistet werden muß. Im Punkt 4 wird beschlossen, die nächste Bezirksversammlung soll in Elmanshausen stattfinden. Hierauf schloß der gutbesuchte Versammlung.

### Steinarbeiter.

**Gommern.** Am 13. Januar fand hier im Lokale zur Sonne unsere 4. Vierteljahrsversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1926 und Entlastung des Kassierers. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Wahl der Delegierten zum Ortsausschuß. 4. Bericht über das Ergebnis der 2. Bezirksstarifverhandlung vom 4. Januar 1927. 5. Verschiedenes. Zu 1. verlas der Vorsitzende und Kassierer Kollege Propp die Abrechnung vom 4. Quartal und ergab sich nach Abzug aller Ausgaben für die Hauptkasse ein Restbestand von 2886,50 M. und für die Lokalkasse ein solcher von 443,32 M. Die Kassierführung wurde von den Revisoren als gut erklärt und auf deren Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Mitgliederbewegung ergab ein Weniger von 15 gegenüber dem 3. Quartal. Dies ist auf die Abwanderung der hier vorübergehend Beschäftigten zurückzuführen. In einem kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr wurden die wichtigsten Arbeiten, welche zum Vorteil der Kollegen erledigt werden konnten, vom Vorsitzenden kurz wiedergegeben. Gleichzeitig wurde auch auf die Schäden, die uns durch Nichtorganisierte oder solche Kollegen, welche durch Nichterhalten der achtstündigen Arbeitszeit Schwierigkeiten bereitet haben, allgemein verwiesen. Zu 2. wurden nachstehende

Kollegen in den Vorstand gewählt: Wilhelm Schenk als 2. Vorsitzender, Paul Labuhn als Schriftführer, Walter Kramer als stellvertret. Schriftführer, Otto Göhring als 2. Kassierer. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Karl Rudloff und Wilhelm Eggert. Als Delegierte zum Ortsausschuß kamen folgende Kollegen zur Wahl: Otto Göhring, Otto Schramm, Gustav Müller, Ernst Thomas-Wölky, Otto Köhler-Prehien. Der Vorsitzende Propp erstattete Bericht über die 2. Verhandlung, die am 4. Januar tagte und zu keinem Abschluß führte. Trotz der einwandfreien Begründung zur Forderung der Stundenlohnverhöhung um 10 Prozent wurde Arbeitseinstellung kein Entgegenkommen gezeigt und wird dieserhalb die Anrufung der Schlichtungsstellen und Tarifämter erfolgen müssen. U. a. wurde von einigen Kollegen der Versuch unternommen, nachzuweisen, daß die Schuld an der Ueberstundenarbeit, die aus Not wegen der niedrigen Löhne in einigen Betrieben immer noch verrichtet wird, nur den Führern der Gewerkschaften zuzuschreiben ist. Dem wurde von mehreren Kollegen und dem Vorsitzenden widersprochen in folgender Erklärung: „Wenn auch die Notlage unbestritten ist, so sind es doch in den meisten Fällen die Affordarbeiter (Verlader und Schotterschläger sowie Schotterwerksarbeiter), welche zum Ueberstundenwesen greifen; nebenbei beziehen einige unter ihnen noch Kriegsbeschädigtenrente, aber den Weg zur Organisation haben diese bis heute noch nicht gefunden. Dies sind also jene, die die Bestrebungen der Gewerkschaften und ihrer Führer, welche auf eine Verbesserung der Lebenslage der Kollegen hinarbeiten, vollständig untergraben und sabotieren.“ Nach Klarlegung mehrerer Fragen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Kamenz.** Am 16. Januar fand die vom 2. Vorsitzenden, Koll. Schmidt, einberufene und geleitete Jahreshauptversammlung statt. Besuch gut. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Bläsen gedacht. Zu der 5 Punkte umfassenden Tagesordnung wünschte Koll. Böhld, daß in dieser der Punkt Anträge vor Wahlen gestellt werden möchte. Der Vorsitzende erklärte, daß dieses nicht unbedingt notwendig sei, und wurde daraufhin, da kein weiterer Widerspruch erfolgte, die Tagesordnung in ihrer Form angenommen. Zu Anfang gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über das Geschäftsjahr, soweit es seine kurze Führungszeit ermöglichte. Daran schlossen sich die Berichte des Schriftführers, des Kassierers und der Revisoren, letztere stellten den Antrag auf Entlastung des Kassierers, dem entsprochen wurde. Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen eine Einnahme für die Zentralkasse von 5041,20 M., für die Lokalkasse von 4108,11 M., Ausgaben derselben 2424,90 M., bleibt ein Bestand von 1683,21 M. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 822. Aus den Wahlen gehen hervor die Kollegen Schiefer als 1. Stelle, Schele als 2. Vorsitzender, Böhld als Schriftführer, Menschner, E. als Kassierer, als Beisitzer Tomische, M., und Bergel, Revisoren sind Heine, M., und Kietzmann. Darauf hält Koll. Gibowsky (Bezirksleiter) einen Vortrag. Er verbreitet sich zunächst über das Entstehen des Kapitals von seinen Anfängen und die sich dadurch bildende wirtschaftliche Lage des stets zurückgelehnten arbeitenden Volkes. Dasselbe zieht allmählich die Konsequenzen aus seiner Bedrückung und entlastet sich in den Jahrzehnten zu einer Macht, die wohl geeignet wäre, dem Kapital die Macht zu entreißen, wenn man sich in Einheit finden würde zum gemeinsamen Vorgehen. Dazu ist es unbedingt notwendig, den wirtschaftlichen Vereinigungen beizutreten. In erster Linie müssen die freien Gewerkschaften gestützt und gefördert werden. Zu den diesjährigen bevorstehenden Tarifverhandlungen müssen wir zusammenstehen, keiner darf fehlen. Hier sind es immer wieder die Gewerkschaftszentralen, die finanziell gestärkt hinter uns stehen müssen. Alle zusammen sind wir alles, einer allein ist nichts. Mit sichtlichem Interesse lauschte alles dem Vortrage, und reichlicher Beifall lohnte den Redner. Die Diskussion war äußerst sachlich, und man stimmte den Ausführungen zu. Nach kurzer Aussprache wird die Diätenfrage erledigt. Zwei schriftlich eingegangene Anträge sowie einige Betriebsangelegenheiten fanden ebenfalls ihre Erledigung. Darauf wird die Versammlung in voller Harmonie zum Schluß gebracht.

Am 15. Januar 1927 fand die erste vom Bezirksleiter Gibowsky einberufene Bezirkskonferenz in Gersdorf (Goldenes Band) statt. Hier schilderte der Bezirksleiter, vom Jahrestelle zu Jahrestelle gehend, die Verhältnisse und die in dieser kurzen Zeit gemachten Erfahrungen und Beobachtungen. Keinen Zweifel hat er darüber, daß unermessliche Arbeitsfülle seiner wartet. Zum Bezirksvorstand werden gewählt: Schmidt als Vorsitzender, Menschner, E. als Kassierer (beide Kamenz), Söhnel (Königsbrück), Tomische (Häslitz), Schuster (Kindsich) als Revisoren. Es wird die Befolgungsfrage (laut Verbandsstagsprotokoll) sowie die notwendig zu beschaffende Bureaueinrichtung besprochen und geregelt. Ueber Auslösung sowie sonstige Entschädigungen wird keine feste Form getroffen. Beschlossen wird, alle vier Wochen eine Zusammenkunft abzuhalten sowie eine Gauleitung anlässlich des Verbandsstages stattfinden zu lassen, desgleichen sind 5 Pf. pro Woche und Mitglied ab 1. Oktober 1926 an die Bezirkskasse abzuführen. Die Konferenz fand in vollster Einmütigkeit ihr Ende.

**Ströbel.** Generalversammlung 10. Januar 1927. 34 Punkt 1, Abrechnung, gibt der Kassierer, Kollege Reimann, den Kassenbericht. Auf eine Anfrage des Kollegen Fisch, ob das Geld zinsbar und zu wieviel Prozent es angelegt ist, wird vom Vorsitzenden, Kollegen Krofer, geantwortet. Dem Kassierer wird, nachdem sich die Revisoren ausgesprochen haben, Entlastung erteilt. Zu Punkt 2, Bericht des Vorstandes, stellt Kollege Krofer im Bericht über verkaufte Marken fest, daß die Mehrzahl der Kollegen ihren Beitrag nicht entprechend ihres Stundenlohnes zahlen. Im weiteren spricht der Vorsitzende der Gauleitung den Dank für die gute Arbeit im vergangenen Jahre aus. Kollege Reimann rügt, daß die meisten Kollegen die Extrasteuermarken nicht fleben wollen. Zu Punkt 3, Neuwahl des Vorstandes, werden drei Vorschläge gemacht. Die Wahl wird durch Erheben von den Bläsen vorgenommen. Bei dieser entscheidet die Mehrzahl für den Kollegen Krofer. Während die Kollegen, die andere Vorschläge gemacht hatten, sich der Stimme enthielten und Abstimmung durch Zettel verlangten. Kollege Krofer erklärt, daß er sich ans Statut halte und für ihn die Wahl Gültigkeit hat. Als Kassierer wurde Kollege Reimann wiedergewählt, ebenso der Schriftführer, Kollege Thomas. Als Revisoren wurden gewählt Kollegen Lohse und Günther. Zur Wahl selbst erklärt Kollege Krofer, daß irgendwelche Beschwerden über die vollzogene Wahl beim Zentralvorstand einzureichen sind, der auch entscheiden wird. Zu Punkt 4, Bericht über Neugestaltung der Tarife, wird vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß die Forderungen für die nächsten Lohnverhandlungen, für Zeilohnarbeiter 15 Proz. und für Affordarbeiter 10 Proz. betragen. Zu Punkt 5, Anträge und Verschiedenes, gibt Kollege Krofer einen Antrag bekannt, der die Erhöhung des Lokalzuschlags von 10 auf 15 Pf. begründet. Es entspann sich darüber eine lebhaft Debatte. Kollegen Krofer und Reimann begründeten nochmals die Erhöhung und verwiesen darauf, daß andere Jahrestellen einen noch höheren Zuschlag hätten und sich dadurch eigenes Grundstück usw. erworben hätten. Das sei auch an unierem Orte notwendig. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages mit 62 gegen 19 Stimmen. Nachdem noch örtliche Angelegenheiten geregelt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung, der Hoffnung Ausdruck gebend, im neuen Jahre noch besser, einiger und geschlossener zusammenzuarbeiten zum Gebehen der Jahrestelle und des Verbandes.

**Rottenheim.** Am 15. Januar fand im Lokale Herzbach eine Versammlung statt, die ziemlich besucht war. Im Punkt 1 gab der Kassierer den Kassenbericht. Wir können es dem Kassierer verdanken, daß wir uns bei dieser schlechten Zeit so über Wasser gehalten haben für seine mühselige Arbeit; kein Hilfskassierer steht ihm zur Seite. Die Revisoren haben die Kasse geprüft und für richtig befunden, daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum ersten Vorsitzenden wurde der alte Kollege Joseph Rohr gewählt, zweiter Vorsitzender Johann Raes, Kassierer

Karl Mürlebach, Schriftführer Clemens Ott, Beisitzer Anton Hoffmann, Franz Elzer. Revisoren Wilhelm Theisen, Mathias Schweiger. In Verhiebenes hielt unser Bezirksleiter Kollege Schmidt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage und sprach noch einige Worte über die Zurückhaltung der Steuern. Er legte den Kollegen aus Herz, daß jeder Kollege den Antrag stellen sollte. Bei der Diskussion kam zum Ausdruck, daß unter allen Umständen eine Lohnherabsetzung kommen müsse. Wegen vorgerückter Zeit nahm die Versammlung ihr Ende. (Bericht war auf beiden Seiten beschrieben. Das soll nicht sein! Red.)

**Augsburg.** Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und gab sodann die Tagesordnung bekannt. Da keine Einwendung gegen Tagesordnung und Protokoll erhoben wurde, konnte die Versammlung zum 2. Punkt der Tagesordnung übergehen. Aus den sachlich zusammengestellten Berichten des Vorsitzenden und Kassierers ging hervor, daß im abgelaufenen Jahr wieder viel geleistet wurde. Der Kassendebetstand hat sich weiter erhöht. Der anschließende Bericht der Revisoren besagt, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung waren; hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Einläufe kam unter anderem ein Schreiben von unserem früheren Gauleiter Lohse und eine Mitteilung von seinem Nachfolger zur Verlesung. Die Zahlstelle Augsburg bringt dem neuen Gauleiter volles Vertrauen entgegen und wird mit ihm auf dem von seinem Vorgänger Geschaffenen weiterarbeiten. Unter Verschiedenem wurde beschlossen: „die an die Pfisterer auf deren wiederholtes Verlangen hin ausgegebenen Bücher werden vierteljährlich zur Kontrolle eingezogen“. Eine lebhaft erregte Mitteilung des Vorsitzenden, daß die Meister gegen den Bezug von Kunststeinentwürfen von auswärts vorgehen wollen. Auch wollen sie erreichen, daß gewisse Felder in den Friedhöfen nur dem Naturstein vorbehalten werden. Zur Erreichung dieser Absicht wollen sie eine Eingabe an die Friedhofskommission machen und soll diese Aktion durch eine gleichzeitige Eingabe der Organisation d. h. der Gehilfen der Zahlstelle Augsburg unterstützt werden. Nach Erhebung einiger interner Sachen schritt die Versammlung zur Neuwahl. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Anton Mayer, 2. Vorsitzender Hans Zauper (Pfisterer), 1. Kassierer Georg Döring, 1. Schriftführer Clem. Hösl, 1. Revisor Karl Meyer, Bauarbeiterkommission Mich. Meier, Gewerkschaftsbelegter Hans Jobst und Lohnkommission der Steinmetzen Hans Jobst, Clem. Hösl und Math. Koppold. Die weiteren Ausschußmitglieder sollen in einer Versammlung der Pfisterer (Steinsetzer) gewählt werden, da dieselben nur in Stärke von 5-Mann zur Generalversammlung erschienen waren und denselben doch ein größerer Einfluß auf die Geschäftsführung der Zahlstelle eingeräumt werden soll. Nach Bestimmung der Platzkassierer wurde den Funktionären, die im Vorjahre gewirkt haben, der Dank der Zahlstelle für die geleistete Arbeit abgesehen und die Generalversammlung mit einem Gelöbnis der Kollegen zu reger Mitarbeit geschlossen.

**Kirchenlamig.** Am 8. Januar 1927 fand hier im Gasthof Deutsches Haus unsere Jahresversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht der Verwaltung. 2. Kassenericht vom 4. Quartal. 3. Neuwahlen. 4. Lohnabbau der Unternehmer. 5. Verschiedenes. Vorsitzender Kollege Pfeifer eröffnete die Versammlung und gibt die Tagesordnung bekannt. Einwendungen werden nicht erhoben. Pfeifer gibt dann den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Zahlstelle sehr gut gearbeitet hat. Es konnten 84 Neuaufnahmen für den Verband gemacht werden, so daß die Zahlstelle jetzt zu 100 Prozent organisiert ist. Eine Reihe von Unternehmerangriffen auf das Tarifwesen konnte abgewiesen werden. Die Kassenerhältnisse sind durch den letzten Streik etwas schlechter geworden. Es ist aber auch hier kein Grund zu Besorgnis vorhanden. Kollege Pfeifer schließt seinen Bericht mit dem Appell an die Kollegen, im neuen Jahre fest zusammenzuhalten, um allen Angriffen der Unternehmer gewachsen zu sein. Im Punkt 2 erstattete Kollege Pausch den Kassenericht, der gut geheißen wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Punkt 3, Neuwahlen, ergaben die einstimmige Wiederwahl der gesamten Verwaltung. Als Kartelldelegierte scheiden die Kollegen Jürner, Hans, und Wunderlich, Christoph, aus und werden dafür die Kollegen Pfeifer, Jakob, und Kögler, Heinrich, gewählt. Im Punkt 4 erläuterte Pfeifer die Lohnabbauanträge der Unternehmer für verschiedene Handsteinprofile. Er empfiehlt den Kollegen, nur nach Tarif zu arbeiten und alle Anträge der Unternehmer abzulehnen. In der Diskussion sprechen die Kollegen Heiner, König, Fritz Schmidt, Hans Müller I, Hans Gräf, Christian Haarbauer, Karl Thierfelder, Fritz Pausch, Hans Jürner, Adam Müller und Jakob Pfeifer in ablehnendem Sinne. Vom Kollegen Hans Gräf wurde hierzu folgende Resolution eingebracht: „Die am Sonntag, dem 8. Januar, im Gasthof Deutsches Haus zur Kirchenlamig tagende Steinarbeiterversammlung ist der Ansicht, daß in den nächsten Jahren die Handsteinproduktion in unserem Bezirk vorherrschend wird. Da nun die Steinarbeiter infolge der schlechten Bezahlung der verschiedenen Handsteinprofile wirtschaftlich schwer geschädigt sind, so wird der Verbandsvorstand beauftragt, bei den nächsten Lohnverhandlungen mit aller Energie dahin zu wirken, daß für Handsteinarbeiter eine bessere Bezahlung erzielt wird.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen und der Antrag der Unternehmer auf Lohnabbau einstimmig abgelehnt. — Zur Bezahlung und Rückzahlung der Procente für Werkzeug sprechen dann im Punkt 5 noch die Kollegen Hans Pfeifer und Fritz Pausch, ebenso Fritz Pausch über Steuerzurückzahlung. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen schloß hierauf Kollege Pfeifer die anregende Versammlung.

### Rundschau.

**Danktag.** Allen Freunden und Kollegen, die mir zum 60. Geburtstag die besten Glückwünsche übermittelten, meinen herzlichsten Dank. Unter den Gratulanten befanden sich mehrere, die an Vorkommnisse erinnerten, die 30, 40 und mehr Jahre zurückliegen, an eine Zeit, in der die Steinarbeiterorganisation noch auf recht schwachen Füßen stand. Unsere Stärke war damals in erster Linie die Begeisterung. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich jedoch unsere gewerkschaftliche Vereinigung immer besser und fester fundaminiert, sie wurzelt nunmehr in der klaren und unerlöschlichen Überzeugung, beim Hilfsarbeiter bis zum qualifiziertesten Facharbeiter, daß die gewerkschaftliche Berufsorganisation eine Lebensfrage für die Kollegen ist. Auf diesem Wege wird auch in der Zukunft weitergewirkt. Hugo Walther.

**Aus der Steinindustrie.** Im Steinbruchbetrieb „Am Nesselberg“ der Firma Fr. Schöneberg in Altenhain I bei Springe werden augenblicklich umfangreiche Steinmetzarbeiten für die Kurbauten in Bad Pyrmont ausgeführt. Es kommen zum Teil Steine in ganz gewaltigen Abmessungen zur Verwendung. Wir sahen 4 Stück prachtvoll bearbeitete runde Säulen von je 6,50 Meter Länge und 75 Zentimeter Durchmesser sowie 3 Stück Architrave hierzu von circa 5,50 : 1,25 : 0,50 Meter Größe. Es sind dieses außergewöhnlich große Dimensionen und es werden kaum viel Bruchstücke in der Lage sein, solch große Steine zu gewinnen.

**Wer war in englischer Gefangenschaft?** Die englische Regierung hat der deutschen Regierung die erste Rate von 200 000 Pfund überweisen zur Bezahlung der Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Dies ist ungefähr der vierte Teil der ganzen Summe, die die englische Regierung zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Diese Guthaben sind eine Art Regelung der Entlohnung der Kriegsgefangenen, die auch von Deutschland getroffen wurde. Alle Personen, welche sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bzw. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, werden aufgefordert, der „Revisorverwaltung für Reichsaufgaben“, Berlin W. 9, Königgräber Str. 122, folgende Angaben zu machen: „Bet. Englisches Guthaben. Vor-

und Zuname, genaue Adresse, Geburtstag, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenentabakompagnie, bzw. Depot- oder Lagerbezeichnung.“ Erben verstorbenen Heimkehrer haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberichtigung beizubringen. Jeder weitere Zufuß ist zwecklos. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge der Eingänge der Anträge durch die Post.

Bisher haben sich rund 20 000 ehemalige englische Kriegsgefangene gemeldet. Gewerkschafts-kollegen, die in Gefangenschaft waren, sollten in eigenen Interesse die nötigen Schritte sofort tun.

**Die Buchdrucker rüsten zum Kampf.** Im Buchdruckgewerbe ist eine Lohnbewegung zu Ende gegangen, die ergebnislos verlief. Die Unternehmer lehnten jedes Entgegenkommen ab und das Zentral-Schiedsgericht fällte einen Schiedsspruch, der den Forderungen und Wünschen der Arbeiterkassier nicht im geringsten entgegenkam. Die beteiligten Gewerkschaften erlassen jetzt einen Aufruf an die Arbeiterkassier im Buchdruckgewerbe, worin es heißt: „Weder die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre noch die von den Unparteiischen selbst anerkannte, konsolidierte Lage des Buchdruckgewerbes rechtfertigen eine derartige Stellung, wie sie die Unparteiischen in ihrer Begründung eingenommen haben. Das Vertrauen der Arbeiterkassier auf eine gerechte unparteiische Beurteilung der wirtschafts- und lohnpolitischen Erfordernisse ist dadurch aufs Schwerste erschüttert worden. Deshalb können die Vertreter der im Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften diesem Schiedsspruch ihre Zustimmung nicht geben. Diese Sachlage zwingt die Gewerkschaften zur Ergreifung von Vorbeugungsmaßnahmen, um der Niederdrückung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu begegnen, um so mehr, als in wenigen Wochen erneute Verhandlungen über unser Tarifverhältnis geführt werden müssen, die die Arbeiterkassier vor eine noch schwierigere Situation stellen werden. Bei dieser Gemisilage hält die Arbeitervertretung die Erhebung von Extrabeiträgen für notwendig und erwartet von den Organisationsvorständen, daß sie die erforderlichen Beschlüsse fassen.“

Hiernach scheint es, als wenn es im Buchdruckgewerbe in den nächsten Wochen zu schweren Konflikten kommen würde. Die Arbeiterkassier im Buchdruckgewerbe verfügt über feste und starke Gewerkschaften, was auch den Unternehmern im Buchdruckgewerbe nicht unbekannt ist und ihre Kampflust abdämpft.

**Der Reparationsagent und die hohen Löhne.** In deutschen Unternehmertreien wird vielfach die Ansicht vertreten, daß allein schon die Reparationsleistungen es der deutschen Wirtschaft verbieten, so hohe Löhne als in anderen hochkapitalistischen Staaten zu zahlen. Demgegenüber ist es von Bedeutung, daß der deutsche Wirtschaft genau beobachtende Reparationsagent Parler Gilbert hohe Löhne zur Belegung des deutschen Absatzmarktes durchaus als notwendig und nützlich bezeichnet hat. Dieser amerikanische Bankier würde sicher eine solche Ansicht nicht vertreten, wenn sie sich nicht mit den Interessen der Entschädigung heischenden Staaten vertragen würde. Es passiert immer wieder, daß die deutschen Unternehmer erst von anderen Leuten, namentlich von Ausländern, auf eine gesunde Wirtschaftspolitik aufmerksam gemacht werden müssen.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Gaulkonferenz des 4. Gau.**  
Im Einvernehmen mit der Gaukommission berufen wir für Sonnabend, den 5. und Sonntag, den 6. März 1927 unsere Gaulkonferenz nach Erfurt ein.

Am Sonnabend, den 5. März, nachmittags 2 Uhr, treten die Branchenkonferenzen zusammen. Tagesordnung: Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 6. März, vormittags 9 Uhr, Beginn der gemeinschaftlichen Konferenz. Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleiter. 2. Stellungnahme zum Verbandsrat. 3. Anträge. 4. Vortrag über: Nationalisierung, Wirtschaftsdemokratie, Tarifpolitik, Schlichtungswesen. 5. Aussprache.

Zahlstellen bis 100 Mitglieder senden einen Delegierten, auf jede weitere 100 Mitglieder kann ein weiterer Delegierter entsandt werden. Zahlstellen mit zwei Fachgruppen senden für jede Fachgruppe Delegierte. Die Kosten der Delegation trägt die Zahlstelle. Anträge zur Gaulkonferenz sind bis spätestens 28. Februar 1927 an die Gauleitung Halle a. S., Henriettenstr. 38, II einzureichen. Tagungslokal wird noch bekanntgegeben.

Die Gauleitung. Albert Schlegel. Paul Göhre.

**Koth a. S.** Sonntag, den 6. Februar, im Lokal Späth Generalversammlung. Punkt 2 Uhr. Sämtliche Kollegen haben pünktlich zu erscheinen.

**Bremen.** Die Marken-Abrechnung durch die Hilfskassierer findet nur Sonnabends und Montags statt ab 5 Uhr nachmittags. Kranke unterstützung wird Sonnabend abend und Sonntag morgen ausbezahlt vom Kassierer J. Ladmann, Arster Damm Nr. 35. Reiseunterstützung zahlt der Vorsitzende A. Wöpple, Kornstraße 185 aus oder auf der Arbeitsstelle Domandbau beim Marktplatz.

**Leipzig I.** Die Reiseunterstützung für Steinarbeiter wird ab 1. Februar 1927 bei A. Mai, Dufourstraße 35, Ecke Körnerstraße, zum Christliger Bierstübel ausgezahlt, und zwar vormittags von 8-12 Uhr ausschließlich Sonntags. Außer Steinsetzer, Kammermännern und deren Hilfsarbeiter, die ihre eigene örtliche Regelung haben, erhält jeder organisierte Steinarbeiter 2 Mark Totalunterstützung.

Es marken dagegen werden für alle reisenden Mitglieder ohne Unterschied der Branche im Bureau des Zentralvorstandes ausgegeben.

**Leipzig II.** Die Zahlstellenleitungen und Kollegen im Straßenbau werden hiermit auf den Steinsetzer Beder aus Leipzig-Wiederitzsch aufmerksam gemacht. Der Betreffende hat seine Lehrstelle in Leipzig verlassen und treibt sein Unwesen als Anti-Republikaner im Delitzscher und Bitterfelder Kreis; bei seinem Auftreten weisen man Beder im Interesse des Berufes und der Arbeiterbewegung energig zurück. Z. A.: Rob. Gubisch.

**Triebendorf.** Am Sonntag, dem 6. Februar, nachmittags 1½ Uhr, bei Herrn Hans Forster in Wielau, ordentliche Generalversammlung. Sämtliche Mitglieder, besonders die Kollegen von Steinmühle, werden gebeten, zahlreich und pünktlich an dieser Versammlung zu erscheinen.

**Grünberg.** Unsere Mitgliederversammlung findet am 6. Februar in Grünberg statt. Nachmittags 2 Uhr.

**Pawell.** Kollegen, Achtung! Unsere nächste Mitgliederversammlung findet nicht am 6., sondern am 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt.

### Adressenänderungen.

- 1. Gau: N. O. Kolberg. Vorj.: Artur Lange, Schlieffenstr. 36. Kass.: Otto Pirats, Schlieffenstr. 35. (Der Vorgänger Kollege Hübner hat circa 30 Jahre die Funktion eines Zahlstellenleiters ausgeübt, ihm sei an dieser Stelle dafür gedankt.) — **Stettin.** 1. Vorj.: Otto Diederich, Schmieffelstraße 2. — **Lauenburg.** Komm. Vorj.: Rudolf Siebelsmann, Bütower Chaussee 50. Kass.: Ernst Kropp, Karlstraße 29, I.
- 1. Gau: NW. **Schwern.** Vorj.: Herbert Baalhorn, Rogahner Straße 67, II. Kass.: Ernst Riedhoff, Bergstr. 16 Hs.
- 2. Gau: **Reinberg.** Kass.: Hermann Büttner. — **Ströbel.** Vorj.: Joseph Krefschmer jun., Quakau h. Ströbel i. Schell., Rantine. — **Königsheim.** Vorj.: Fritz Friebe, Thiemendorf, Post Seifersdorf, D.-V.
- 3. Gau: **Leipzig II.** Kassierer: Emil Reiche, Seeburgstr. 84, II. — **Dresden-Pirna.** Bezirksleiter und Angestellter des Sandsteinbezirks: Paul Wittig, Dresden-A., Schlüterstr. 48, II.

- 4. Gau: **Croppenstedt.** Vorj.: Albert Dörl, Wilhelmstraße. — **Gleichenberg.** Kass.: Karl Troit. — **Helmstedt.** Vorj.: Paul Köpfer, Gartenfreiheit 3b. Kass.: Ernst Brandt, Ostendorf 9. — **Hildesheim.** Vorj.: Franz Petras, Kass.: Fritz Köder, Obersterring 16. — **Uuter.** Vorj.: Wilh. Brandt h. A. Lauenstein, Dillwitzer Kass.: Karl Lauenstein sen., Dillwitzer. — **Rudolstadt.** Vorj. u. Kass.: Otto Grünert, Dillwitzerstraße. — **Regelleben.** Kass.: August Dill, Bahnhweg 21.
- 5. Gau: **Bohnum.** Vorj.: Adolf Säger, Wörthstr. 20. Kass.: Willy Belzer, Theodorstr. 2. — **Rottenheim.** Vorj.: Joh. Mohr, Kirchstr. 3. Kass.: Karl Mürlebach, Gartenstr. 2a. — **Sprochhövel.** Vorj.: Wilh. Reins, Häßlinghausen, Grüner Weg 183 i. — **Uuterath.** Vorj.: Paul Gewilbat, Sommershof b. Uderath, Kass.: Math. Buchholz.
- 6. Gau: **Bühlertal.** Vorj.: Mich. Jobst. — **Mühlbach a. Glan.** Kass.: Emil Schöfer, Nutzwetter. — **Seebach, Amt Bühl (Baden).** Vorj.: Bernhard Trunzinger II. — **Freiburg i. Br.** Vorj.: Phil. Desterreicher, Beubarungstr. 29.
- 7. Gau: **Wirsberg.** Vorj.: Johann Degelmann, Cottenau, Hs. 8. **Hemeran.** Vorj. u. Kass.: Math. Waidinger, Neidlingerberg. — **Weißensfeld.** Vorj.: Georg Stüdel, Gartenstraße 321. — **Wunfiedel.** Vorj.: Johann Lieberwirth, Kathrinenstr. 16.
- 8. Gau: **Zeil.** Vorj.: Nikolaus Weit, Kass.: Nikolaus Bred.
- 9. Gau: **Franfurt a. M.** Kass.: Johann Brahm, Friebergstraße 140. — **Wiesbaden.** Vorj.: M. Braunstorffinger, Wiesbaden-Ngelsberg.

### Briefkasten.

**Tariflöhne NS.** In Fr 1.25—1.35 Mk. In R. 1.22 Mk. Für Junggefelln besteht keine Ausnahme.

### Neue Bücher, Zeitschriften.

„Zur Gesellenprüfung“ (allgemein-theoretische Prüfungsaufgaben) von E. Jähle und M. Kamprad. Preis 1 Mk. Zu beziehen durch den Verlag W. Schneider, Quersfurt. — Das Buchlein ist für die Hand des Lehrlings bestimmt und soll denen, die auf dem Lande keine Berufsschule besuchen können, das unbedingt Erforderliche in gebäugter Form — auf Bärenlosigkeit wird kein Anspruch erhoben — und leicht verständlich bieten, und dem Schüler der Berufsschule soll es eine Auffrischung und schnell zu überholende Uebersicht des gelernten Stoffes geben. Möge es in diesem Sinne aufgenommen und seinem Zwecke gerecht werden.

Prof. Dr. Max Adler, Die Aufgaben der Jugend in unserer Zeit. Umfang drei Bogen Großformat. Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben vom Reichsausschuh der Jungsozialisten. Preis kart. 85 Pfg. E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Prof. Dr. Anna Siemsen, Politische Kunst und Kampfpolitik. Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben vom Reichsausschuh der Jungsozialisten. Umfang drei Bogen. Preis kart. 85 Pfg. E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Preisnummer kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

### Anzeigen

**Berlin.** Am Montag, dem 14. Februar, nachm. ½ 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, **Generalversammlung aller Branchen der Zahlstelle Groß-Berlin:** Steinsetzer und Berufsgenossen, Bildhauer und Alabasterarbeiter. Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Quartal 1926. 2. Jahresbericht für 1926. 3. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird pünktliches Erscheinen erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

**Berlin. Steinsetzer und Berufsgenossen.** Am Sonntag, dem 6. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in den Brunnenstr. 15, die **Monatsversammlung** der Untergruppe Berlin statt. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. I. A.: Otto Klauhehn.

**Perfekter Marmorarbeiter**  
evtl. Marmorsteinmetz  
bewandert im Fräsen vertiefter Marmorwaschtoiletten auf sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.  
Marmorwerk  
**Heilmann & à Brassard, Osnabrück.**

**Stellengesuche**  
haben guten Erfolg im  
**Deutschen Steinbildhauer-Journal, Liegnitz**  
Für Stellengesuche pro Millimeter-Zeile einspaltig 5 Pfg.

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
**Rammen, Brechstangen**  
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
Brunnenstraße 82

**Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.**  
Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 5898, in den Filialen Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, und Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

**Christoph Wächter**  
wo steckst du?  
Es sucht dich dein Bruder Karl  
in Hof in Bayern.

**Gestorben.**  
(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In **Strehlen** am 6. Januar der Pflastersteinmetz **Paul Reichelt**, 32 Jahre alt, auferkrankt, 48 Wochen krank.
- In **Würzburg** am 8. Januar der Hilfsarbeiter **Johann Michel**, 41 Jahre alt, Hirnarterienverkalkung; am 22. Januar der Bildhauer **Franz Schwied**, 53 Jahre alt.
- In **Beilstein** am 9. Januar der Pflastersteinmetz **August Roos**, 36 Jahre alt, Folgen einer Operation.
- In **Grimma** am 10. Januar der Hilfsarbeiter **Hermann Pohle**, 65 Jahre alt, Herzschwäche.
- In **Eibing** am 14. Januar **August Ruhn**, 61 Jahre alt, Reibkopfleiden.
- In **Langenaltheim** am 16. Januar der Schleifer **Friedrich Geisböfer**, 42 Jahre alt, Magenkrebs (5½ Monate krank).
- In **Altenhain** am 16. Januar der Hilfsarbeiter **Karl Witzgall**, 24 Jahre alt, Grippe.
- In **Dresden** am 18. Januar der Sandsteinmetz **Max Hauke**, 55 Jahre alt, Lungentuberkulose (39 Wochen krank); am 18. Januar der Sandsteinmetz **Johann Döfel**, 55 Jahre alt, Lungentuberkulose (8 Monate krank); am 22. Januar der Sandsteinmetz **Rudolf Schmidt**, 45 Jahre alt, Lungentuberkulose (26 Wochen krank).
- In **Bernburg** am 19. Januar der Brecher **Hermann Eikermann**, 60 Jahre alt, Speiseröhrenverengerung (1 Jahr 6 Wochen krank).
- In **Striegau** am 23. Januar der Granitschleifer **Paul Scholz**, 60 Jahre alt, berzkrank (12 Wochen krank).
- In **Weimar-Chringsdorf** am 24. Januar der Steinmetz **Karl Kämpfe**, 52 Jahre alt, Grippe und Schlaganfall (3 Wochen krank).
- In **Berlin** am 26. Januar der Kammer **Karl Stuhl-lemmer**, 56 Jahre alt, Nierenkrankung (5 Wochen krank).
- In **Leipzig I** am 27. Januar der Sandsteinmetz **Richard Gördts**, 52 Jahre alt, Lungentuberkulose (3 Jahre 9 Monate krank).

Ehre ihrem Andenten

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Berlin; von Ernst Winkler, beide in Leipzig.